presse

Betreuungsgeld – folgenschwerer Anreiz

***Sönke Rix**, familienpolitischer Sprecher*
***Fritz Felgentreu**, zuständiger Berichterstatter:*

Die vorab veröffentlichten Ergebnisse einer Untersuchung der Technischen Universität Dortmund und des Deutschen Jugendinstituts bestätigen: Das Betreuungsgeld hält Kinder insbesondere aus bildungsfernen Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund von der frühkindlichen Bildung fern und verschärft damit die Chancenungleichheit.

„Das Betreuungsgeld ist folgenschwer: Es schafft einen finanziellen Anreiz, staatliche Kinderbetreuungsangebote nicht zu nutzen - vor allem für Familien, deren Kinder von der frühkindlichen Bildung besonders profitieren würden. Vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse muss diese Entwicklung gestoppt werden. Wir sehen durch die Studie unsere Befürchtungen bestätigt.

Ein Viertel der Familien mit Migrationshintergrund, die ihr Kind nicht in einer öffentlichen Einrichtung betreuen lassen wollen, begründen das laut Studie allein mit dem Betreuungsgeld. Aus dem gleichen Grund lehnt mehr als jede zweite Familie ohne Bildungsabschluss oder mit Hauptschulabschluss eine staatliche Kinderbetreuung ab.

Der Befund deckt sich mit den Erfahrungen der skandinavischen Länder, die zwischen 1985 und 2008 ein Betreuungsgeld eingeführt hatten (FES-Studie 2012): Auch in Norwegen, Schweden und Finnland haben vor allem Mütter mit niedrigem Bildungsstandard und mit Migrationshintergrund das Betreuungsgeld einer staatlichen Kinderbetreuung vorgezogen.

Dass überproportional viele Zuwandererfamilien Betreuungsgeld für ihre Kinder beziehen, zeigen auch neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes: 14 Prozent der Betreuungsgeld-Bezieher im erste Quartal 2014 besaßen keine deutsche Staatsbürgerschaft – deren Kinder stellen aber nach der amtlichen Bevölkerungsstatistik an allen unter dreijährigen Kindern nur einen Anteil von 5 Prozent.“